Ausgabe für Groß-Berlin
Abendblatt

15 Goldpfennige = 150 Milliarden Papiermark.

# Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag
7. Dezember 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lenck. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 32—37. Fernsprecher Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ." erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst werktags täglich. Bezugspreis wöchentlich 1,60 Goldmark vorbehalten.

Bank-Konto Organisation und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Verhinderung besteht kein Anspruch auf Berzütung. Anzeigenpreis 0,80 Goldmark e 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

7. 12. a Nr. 569 150 Milliarden
62. Jahrgang.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

## Ungünstige Wahlergebnisse für die englischen Konservativen.

### Gewinne der Liberalen und der Arbeiterpartei.

### Teilresultate.

A. London, 7. 12. (Eigenbericht.)

Bis 12 Uhr heute mittag wurden folgende Ergebnisse der Wahlen bekannt:

111 Konservative,
62 Liberale,
86 Arbeiterpartei,
7 von anderen Parteien.

Die Konservativen haben bisher 44 Sitze verloren.

In den Londoner Wahlbezirken gewannen die Konservativen 0 und verloren 3 Sitze, die Liberalen 2 bezw. 4, die Arbeiterpartei 6 bezw. 2.

In den englischen städtischen Wahlkreisen gewannen die Konservativen 2 und verloren 24, die Liberalen 21 bezw. 0, die Arbeiterpartei 12 bezw. 6.

In den englischen Landbezirken gewannen die Konservativen 0 und verloren 4 Sitze, die Liberalen 4 bezw. 0, die Arbeiterpartei 1 bezw. 0.

In den walisischen städtischen Wahlkreisen gewannen die Konservativen 0 und verloren 2 Sitze, die Liberalen 1 bezw. 0, die Arbeiterpartei 1 bezw. 0.

Die schottischen und irischen Ergebnisse weisen keine Veränderungen auf.

In London wurden gewählt: 48 Konservative, 4 Liberale, 12 Vertreter der Arbeiterpartei und ein Unabhängiger.

Ein bezeichnendes Merkmal der bisherigen Ergebnisse sind die zahlreichen

**Niederlagen von Führern aller Parteien.**

Als erstes Mitglied des gegenwärtigen konservativen Kabinetts hat der Arbeitsminister Berlow seinen Sitz an die Arbeiterpartei verloren. Von den Liberalen erlitten Churchill, der seinen Sitz ebenfalls an die Arbeiterpartei verlor, und Sir Mond, der Mitarbeiter von Lloyd George, Niederlagen, von der Arbeiterpartei erlitt Henderson eine Niederlage. Der Hauptorganisator der Konservativen, Admiral Sir Reginald Hall, ist unterlegen. Vizeadmiral Stanley, der Bruder des Lord Derby, ist von einem liberalen Kandidaten geschlagen worden.

Die bisherigen Resultate stellen sich für die Regierung als sehr ungünstig dar, und die oppositionelle Presse verkündet heute nach schon heute morgen bereits den Triumph des Freihandels und die Niederlage des Schutzzolles. „Daily News" trägt am Kopfe die fettgedruckte Ueberschrift: „Das Volk verwirft den Schutzzoll", „Daily Chronicle": „Der Freihandel reitet das Land mit sich fort", „Westminster Gazette" trägt die Ueberschrift: „Baldwin bekommt sein Mandat nicht". Es muß jedoch bemerkt werden, daß, nach den bisher vorliegenden Ziffern bereits auf das Ergebnis der 564 einzelnen Wahlen zu schließen. Denn auch bei den Wahlen des Vorjahres hat es sich gezeigt, daß die ersten Resultate für das Gesamtbild nicht entscheidend waren.

Die ersten Ergebnisse liefen aus Manchester ein und bedeuten für die Regierung eine schwere Niederlage. Die alte Hochburg des Liberalismus und des freien Handels hat sich auch diesmal wieder ohne jede Einschränkung zu der Lehre Cobdens bekannt. Die Regierung hat von den dortigen 10 Sitzen nicht weniger als 6 verloren, und da die Oppositionellen bereits früher 3 Sitze hatten, ist in diesem wichtigen Bezirk nur ein einziger Vertreter des Schutzzolles. Ebenso wie in Lancaster ist das Resultat auch in Yorkshire für die Regierung ungünstig.

Die spät eintreffenden Nachrichten lauten für die Konservativen etwas günstiger und zeigen, daß das Rennen zwischen Regierung und Opposition ungefähr Kopf an Kopf lauft. Immerhin ist es ein Beweis für die Anzeigen für Baldwin, daß konservative Organe nach Erklärungen suchen. Die „Times" kommt jetzt nämlich mit der Ansicht hervor, daß die grundsätzliche Aenderung in der Wirtschaftspolitik eines Landes durch gründliche Prüfung der Lage, und durch eine lange Erziehung zur Aufklärung des Publikums vorbereitet werden müsse. Der „Daily Telegraph" schiebt den einzelnen Gewalttätigkeiten, die im Laufe des Wahlkampfes vorkamen, einen Einfluß auf das Ergebnis zu. Das liberale Organ verkündet bereits triumphierend den Sieg. Der Freihandel habe das Land überschwemmt, ruft das Blatt Lloyd Georges, der „Daily Chronicle", aus.

Der bekannte alte Sozialistenführer Irving ist wiedergewählt worden, ebenso sind die bekannten Arbeiterführer Ben Tillet und Tom Shaw gewählt.

Der bekannte Buxton, der von der Arbeiterpartei aufgestellt wurde, wird von einem Liberalen geschlagen.

**Gewählte bekannte Persönlichkeiten.**

Asquith wurde mit einer bedeutenden Majorität in seinem alten Wahlkreis wiedergewählt. Der Postminister Sir John Hids wurde gleichfalls wieder gewählt. Lord Curzon wurde in seinem Wahlbezirk Battersea gewählt. Im Wahlbezirk Hampstead wurde Balfour wieder gewählt. Der bekannte konservative Führer Kingsley wurde im Bezirke Woolwich gewählt. Im Wahlkreis Plymouth wurde Lady Astor wieder gewählt. Als zweite Frau wurde Miß Lawrence, Kandidatin der Arbeiterpartei, im Wahlkreis Gall Jonen wieder gewählt. Der Probibitionist Seymour wurde wiedergewählt. Im Bezirk Birkenhead wurde der Liberale Graham White gewählt. In Bradford wurde der Liberale Spencer wieder gewählt. In Liverpool eroberten die Liberalen einen neuen Wahlkreis, in dem der bekannte Liberale C. S. Jones gewählt wurde. In Salford hatte der Arbeiteraboordnete Ben Tillett 13 377 Stimmen gegenüber 12 810 Stimmen konservativ zu verzeichnen. In Newcastle-under-Lyne wurde der bekannte Liberale Wedgewood wiedergewählt. In Preston trug die Arbeiterpartei den Sieg davon. Henderson junior wurde im Wahlbezirk Cardiff wiedergewählt. 19 mal wurden wiedergewählt:

Die Konservativen Hope, bisheriger stellvertretender Sprecher im Unterhaus, Hoare und Lord Eustace Percy; die Arbeiterführer Clynes, Trevelyan und Ponsonby.

Neugewählt wurden in Manchester der Liberale Masterman. Der Liberale Dr. Max Nemarr, früherer Minister im Kabinett Lloyd George.

**Der äußere Verlauf der Wahlen**

scheint überall ruhig gewesen zu sein. In London wurden alle Vorbereitungen für die Verkündung der Ergebnisse dadurch zunichte gemacht, daß die ganze Stadt in den späten Abendstunden von einem dichten Nebel eingehüllt war. Der Abtransport der großen Menschenmengen, die bereits vorher in das Stadtinnere zusammengeströmt waren, machte ernste Schwierigkeiten, da der Verkehr der Omnibusse und Straßenbahnen zum größten Teil eingestellt werden mußte. Die Untergrundbahn hatte den größten Ansturm auszuhalten. Die Verortzige verkehrten mit zweistündiger Verspätung. Trotz des Nebels waren jedoch die Straße im Innern der Stadt von großen Menschenmengen angefüllt. Es zwar nicht die Ankündigung der Wahlergebnisse durch die elektrische Lichtreklame stattfinden, aber sich durch Lärm auf der Straße und Konfettischlachten auf andere Weise vergnügten.

Aus der Provinz wurden hier keine Zwischenfälle gemeldet, und es scheinen die meisten Wahlen ruhig vor sich gegangen zu sein. Bezeichnend dafür ist ein kleiner Vorfall in einem kleineren Orte, wo die Wahlkandidaten der Konservativen und der Arbeiterpartei sich in Nachbarhäusern befanden. Die Arbeiterpartei stellte ein Plakat ins Fenster „Wir stehen nicht in Verbindung mit der Firma nebenan", darauf antworten die Konservativen durch ein anderes Plakat „Wir freuen uns darüber", worauf bei den Arbeitern die Antwort erschien „Nicht so sehr als wir."

## Günstige Aussicht für die Liberalen.

London, 7. 12. (E. U.)

Die bisherigen Ergebnisse aus mehr als 4 mal 3 Drittel von 564 englischen Wahlkreisen zeigen einen überwältigenden Sieg der Liberalen auf Kosten der Konservativen, während die Arbeiterpartei einen nicht gerade überwältigenden Zuwachs zu verzeichnen hat. Die Ergebnisse in den großen Industriewahlkreisen in Yorkshire und Lancashire erhellen, daß die vorige Beobachtung bei anderen Gegenden des Schutzzollprogramms der Regierung Baldwin ist, und auch von Englands größter Hafenstadt Liverpool gesagt werden kann. Die Konservativen verloren Sitze in Nordwestengland, wo sie sich ziemlich fest im Sattel glaubten. Wenn die noch ausstehenden Ergebnisse aus den noch übrigen Wahlkreisen ähnlich ausfallen, werden die Konservativen mit einer beträchtlichen Minderheit in das Unterhaus eingehen. Die beiden Ausschüsse für eine komplette Majorität haben bisher die Liberalen.

**Bisher Freihandel zu Schutzzoll wie 6:4.**

Die Bewegung von rund hundert Sitzen in Unterhause hebt augenblicklich noch den bisher vorliegenden Wahlergebnissen fest. Die Nachrichten beweisen, daß die konservative Partei 44 Sitze verloren hat. Der Anhang der Liberalen ist in den Städten enorm gewachsen. Für die Konservativen werden bisher abgegeben 407 010, für die Liberalen 298 586 und für die Arbeiterpartei 322 475 Stimmen. Wenn auch rein zahlenmäßig die Konservativen die Oberhand besitzen, so ergibt doch die Addition der Stimmen für Liberale und Arbeiterpartei, verglichen mit denen für die Konservativen ein Verhältnis zwischen Freihandel- und Protektionsanhängern von 6:4.

## Baldwin, Lloyd George und Mac Donald.

London, 7. 12. (E. U.) Um 1 Uhr nachts wurden, während riesige Menschenmengen die Straßen und Hallen in Erwartung der ersten Resultate füllten, die ersten Wahlergebnisse bekannt. Baldwin, Lloyd George und Ramsay MacDonald erwarten in ein und demselben Raum gemeinsam die Nachrichten aus den Wahlkreisen. Baldwin kann seine konservativen Freunde nicht gerade ermutigen, da ihm ein Telegramm nach dem anderen übermittelt wird, in dem ihm die Niederlage eines Konservativen im Wahlkampf mitgeteilt wird. Einer der Minister seines Kabinetts ist einer der ersten angekündigten Opfer: Churchill.

Es sehen von vornherein selbstverständlich, daß kein Konservativer gegen seine Partei stimmen würden; die Zählung der Stimmzettel scheint jedoch zu erweisen, daß sich eine ganze Anzahl konservativer Wähler, die Plätze der Protektionismus mitgeneriert wird. Einer der Minister seines Kabinetts ist einer der ersten angekündigten Opfer: Churchill.

Es sehen von vornherein selbstverständlich, daß kein Konservativer gegen seine Partei stimmen würden; die Zählung der Stimmzettel scheint jedoch zu erweisen, daß sich eine ganze Anzahl konservativer Wähler, die Plätze der Protektionismus mitgeneriert wird. Einer der Minister seines Kabinetts ist einer der ersten angekündigten Opfer: Churchill.

**Berliner Kurse vom 7. 12:**

1 Dollar amtlich: M 4200 Milliarden
Zuteilung 3 %
1 Pfund amtl.: M 18 400 Milliarden
Zuteilung 7 %
1 Goldmark: M 1000 Milliarden
Goldanleihe: M 4200 Milliarden
Zuteilung ca. 80 %.
Dollarschatzanw.: M 4400 Milliarden
Zuteilung 50 %.

## Botschaft des Präsidenten Coolidge.

### Gegen den Völkerbund. — Für einen internationalen Gerichtshof. — Keine Streichung der Schulden. — Verstärkung der Wehrmacht. — Drosselung der Einwanderung.

Washington, 7. 12. (W. T. B.)

Die Botschaft des Präsidenten Coolidge an den Kongreß beschäftigt sich nach einem Nachruf für den verstorbenen Präsidenten Harding mit den

**auswärtigen Angelegenheiten.**

Amerika habe in der äußeren Politik einen Hauptgesichtspunkt zu befolgen, nämlich amerikanische Politik zu betreiben. Es erkenne jedoch auch seine Verpflichtungen an, anderen zu helfen. Coolidge schlage keine Aenderung der bisherigen Politik, die Annahme und Erfüllung des Völkerbundspaktes zu verweigern. Vor. Anderseits empfiehlt der Präsident einen ständigen internationalen Gerichtshof als den einzigen praktischen Plan, dem viele Staaten stets zugestimmt haben. Hinsichtlich Rußlands führte der Präsident aus, daß die amerikanische Regierung nicht vorschlage, in Beziehungen mit einer Regierung zu treten, das sich bisher weigerte die Gesetzlichkeit internationaler Verpflichtungen anzuerkennen. Amerika sei jedoch bereit, sehr großes Entgegenkommen zu zeigen, um dem russischen Volke zu helfen. Es seien ernsthafte Anzeichen der Rückkehr zu den früheren Gepflogenheiten in Rußland vorhanden; aber es sei mehr nötig. Wenn die russische Regierung Zeichen der Reue zeige, so werde die amerikanische Regierung die erste sein, um zur Rettung Rußlands zu schreiten. Hinsichtlich der Schulden des Auslandes an Amerika erklärt der Präsident daß er nicht für eine Streichung der Schulden sei. Er sehe jedoch kein Hinderniß, zu einer Regelung nach dem Vorbilde der Festsetzung der englischen Schulden zu gelangen. Die Regierung würde die bei wesentlichen Aufgaben amerikanischer Bürger an Deutschland schützen. Niemand könne in Abrede stellen, daß Amerika große Opfer gebracht habe. Die außerordentlichen Zinsen helfen sich allein auf eine Million Dollar täglich.

**Ueber die innere Politik**

sagte der Präsident, daß die Finanzen der Regierung zur Gesundung gebracht werden müßten, um eine Grundlage zu schaffen, auf der allein die Hoffnung auf Fortschritt und Gedeihen beruhe. Das amerikanische Volk habe sicherlich gegen eine Klage eine ungeheure Steuerlast getragen. Diese Last müsse verringert werden. Das ausgedehnte Tarifsystem habe seine zwei Hauptziele erreicht, indem es sowohl der Industrie als auch den Einkünften dienend bedeutend vergrößerte. Mehrere Jahre hindurch sei die Zahl der Mannschaften in der Armee und in der Marine bis zu einem gefährlichen Grade vermindert worden, und weitere Verringerungen dürften nicht gemacht werden. Die Armee und die Marine müßten aber so stark sein, daß sie vorbereitet werden. Amerika wünsche keinen Krieg mehr, aber es wolle auch keine Schwäche zeigen. Unterseeboote und Flugzeuge seien für die Marine und für die Landesverteidigung notwendig. Der Panamakanal müsse vervollkommnet werden. Die Zahl der Einwanderer müsse begrenzt werden in Uebereinstimmung mit der Fähigkeit des Landes, sie aufzunehmen. Der Präsident schlägt die sofortige Registrierung aller Fremden vor.

## Höhere Besteuerung der Ausländer in Amerika.

Washington, 7. 12. (E. U.) Der Schatzsekretär Mellon wird dem „New York Herald" zufolge eine Vorlage zur Abänderung der Steuern einbringen. Gleichzeitig wird beabsichtigt, die Ausländer höher zu besteuern. Die Eingewanderten sollen künftig im ersten Jahre 250 Dollar und in den darauffolgenden Jahren 50 Dollar entrichten. Die amerikanischen Gesellschaften werden, so verlautet, zwei Prozent ihrer Bruttoeinnahmen an die amerikanische Regierung abgeben müssen.

## Die „Times" über Deutschlands Wirtschaftslage.

A. London, 7. 12. (Eigenbericht.) Ueber die in der letzten Zeit eingetretene Besserung des Zustandes der Mark spricht die heutige „Times": Da die Regierung bereits die Hälfte der zur Ausgabe von Rentenmark bereitstehenden Beträge ausgegeben habe, so seien die Aussichten sehr gut, daß das Budget noch weiter verbessert werden könnte, besser der Rest der Rentenmark aufgebraucht sei. Bevor nicht ein weiterer wesentlicher Schritt in der Reform des deutschen Finanzsystems erzielt worden ist, sei bedauerlich eine wirkliche Stabilisierung des Wechselkurses nicht zu erwarten. Es gebe zu viele unbekannte Faktoren im Innern Deutschland, als daß man die gegenwärtige Besserung für mehr nur vorübergehend zu betrachten hätte.

*

Diese Meldung der „Times", die ja nur die nackte Tatsache wiederzeigt, verdiente keine weitere Beachtung, wenn nicht in Rußland andere Stimmen laut würden, die, offenbar durch die Besserung der Mark verführt, an einen „deutschen Aufschwung" glauben, und wenn nicht sogar im Inlande die Gefahr drohte, daß aus der Besserung der Mark ganz haltlose Schlüsse über die augenblickliche Lage Deutschlands gezogen würden. Demgegenüber besteht die Pflicht, auf den furchtbaren Ernst der Situation immer von neuem hinzuweisen.

## Der neue ökumenische Patriarch.

Konstantinopel, 7. 12. (E. U.) Mgr. Gregorios, der Metropolit von Kadikoi wurde von der Heiligen Synode mit einer Mehrheit von 10:1 Stimmen zum ökumenischen Patriarchen gewählt. Die Synode war sich vorher in internen Beratungen darüber einig geworden, daß nur ein Metropolit gewählt werden dürfe, der türkischer Untertan sei, und daß an der Wahl nur solche Metropolitan teilnehmen dürften, deren Sitze innerhalb der gegenwärtigen Grenzen der Türkei liegen. Der Pope Epithim, der Führer der türkischen Orthodoxen in Anatolien verlangte in die Synode einzutreten, wurde aber zurückgewiesen.

## Konflikt in Kanton.

### England landet Marinetruppen.

London, 7. 12. (E. U.)

Wie aus Peking gemeldet wird, hat sich in Kanton zwischen Sun Jat-sen und dem diplomatischen Korps der Fremdmächte ein ernster Konflikt erhoben. Sun Jat-sen hat, um die unter ihm kämpfenden Truppen löhne nun können, damit gedroht, einen großen Teil der Zollein nahmen im Hafen von Kanton beschlagnahmen zu wollen. Das diplomatische Korps hat daraufhin Sun Jat-sen in einer gemeinsamen Note darauf aufmerksam gemacht, daß eine derartige Maßregel geeignet sei, die Interessen der fremden Mächte zu schädigen und daß deren im Hafen von Kanton liegenden Kriegsschiffen den Befehl erhalten hätten, jeder derartigen Maßregel mit Gewalt zu begegnen.

Inzwischen wird aus London amtlich gemeldet, daß der englische Vertreter in Kanton, Sir Arthur Leveston, instruktionsgemäß das Zollamt im Freihafen von Kanton durch englische Marinetruppen hat besetzen lassen. Er handelte dabei im Einvernehmen mit dem französischen Admiral Frouchot. Diese Maßregel wurde als Folge der am letzten Montag überreichten Warnung des diplomatischen Korps vollzogen. Nach einer Pressemeldung aus Peking werden sich auch Amerika, Japan und Italien an einer gepland en Flottendemonstration gegen das Vorhaben Sun Jat-sens beteiligen.

Die in Kanton ankernde fremde Flottenmacht besteht aus neun Kanonenbooten, und zwar drei englischen, zwei französischen, zwei amerikanischen, einem japanischen und einem portugiesischen.

### Die Rhein-Ruhr-Frage.

Das Kabinett trat heute morgen um 10 Uhr mit dem Achtzehnausschuß zu einer Beratung über den gesamten Fragenkomplex, der sich auf die Rhein-Ruhr-Frage bezieht, zusammen. Die Fragen, die zur Beratung vorliegen, beziehen sich auf die Regelung der Währung, Einführung der Rentenmark, Notgeldbenutzung durch die Reichsbank, die Einführung von neuem beständigem Notgeld, die Goldnotenbank, die Finanzen, die Arbeiter- und Arbeitslosenfrage, den Preisabbau und die sozialrechtlichen, mit der Rhein-Ruhr-Frage in Verbindung stehenden Gesichtspunkte. Eine Stellungnahme liegen bisher noch nicht vor. Die Frage wird sich voraussichtlich noch bis zum späten Abend hinziehen.

### Aus dem Reichstag.

In Reichstagskreisen ist man der Ansicht, daß die Beschlüsse der sozialdemokratischen Fraktion, den wir auf der zweiten Seite wiedergeben, eine so große Angahl von Fraktionsmitgliedern zur Annahmebereit bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz nötigen wird, daß die bei den Mittelparteien, besonders infolge von Entkoanlungen von Abgeordneten, zu vergeichnenden Lücken ausgeglichen werden. Mit einer Zweiten Dritteln-Annehmbeit ist daher ziemlich bestimmt zu rechnen, auch wenn die Deutschnationalen geschlossen den Saal verlassen sollten.

Die deutschnationale Fraktion wird sich über ihre Taktik in der Sonnabendsitzung erst in einer Fraktionsbesprechung kurz vor dem Plenum schlüssig werden. Heute finden übrigens keine Fraktionssitzungen statt, nur der Aeltestenrat tritt nachmittags 5 Uhr zusammen.

Im Bildungsausschuß des Reichstags wurde ein Antrag der Abgeordneten Schulz (D. V. P.), Marx (Ztr) und Frau Lang-Brumann (Bayr. V. P.) betreiten, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich Uebergangsbestimmungen dahin zu treffen, daß für Ostern 1924 noch begabte und reife Kinder nach dreijähriger Vorbereitungszeit in die unterste Klasse höherer Schulen aufgenommen werden können. Die Verhandlungen werden Sonnabend fortgesetzt.

Im Eisenbahnausschuß des Reichstags wurde ein Antrag der Abgeordneten Schulz (D. V. P.), Marx (Ztr) und Frau Lang-Brumann (Bayr. V. P.) betreiten, der die Reichsregierung ersucht, unverzüglich Uebergangsbestimmungen dahin zu treffen, daß für Ostern 1924 noch begabte und reife Kinder nach dreijähriger Vorbereitungszeit in die unterste Klasse höherer Schulen aufgenommen werden können. Die Verhandlungen werden Sonnabend fortgesetzt.

Im Ernährungsausschuß des Reichstags beschloß die Genehmigung zur Strafverfolgung des deutschsozialistischen Abg. Hagemann. Vom Oberreichsanwalt nachgeholt ist, zu erteilen. Anträge auf Nichtgenehmigung einer evtl. Verhaftung lehnte der Ausschuß ab, weil der konkrete Fall nicht vorliegt.

### Preußischer Landtag.

Der Preußische Landtag führt auch Freitag mittag die Aussprache über die Vorlage des Welfenfort. Zu Beginn der Sitzung nimmt

**Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff**

das Wort. Er gibt nach längeren politischen Ausführungen u. a. über die Gründe des Ausbruchs des Krieges, durch die er in jeder heftige Auseinandersetzungen mit den Deutschnationalen gerät, eine ausführliche Darstellung der Lage der Ernte. Im ganzen ergebe sich ein günstiges Bild gegenüber dem Vorjahre. Der Winterstand habe freilich noch immer nicht den Friedensstand erreicht; die Wiederbevölkerung werde hoffentlich zunehmen, wenn mehr Futtermittel zur Verfügung stehen. Der Minister führt fort: Der preußische Staat tut alles, um nach seinen Kräften der allgemeinen Not zu steuern. Auch die Landwirtschaft hat trotz der in der Uebergangszeit schlechten Zahlungsmittel immerhin in soziale Nahrungsmittel geliefert, daß auch einigermaßen ein Ausgleich der Versorgung der Bevölkerung nicht eingetreten ist.

Auf horticulturen Gebiete hat der Aufruf des Staatsministeriums zur Hilfe in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaftes Echo gefunden. Wir müssen aber mit aller Entschiedenheit der im Ausland verbreiteten Behauptung widersprechen, daß Preußen-Deutschland oder die deutsche Landwirtschaft bei gutem Willen allein aus eigener Kraft die Bevölkerung ernähren könnte.

Schon vor dem Kriege war das nicht der Fall; jetzt erscheint mir noch obendrein die besten Ueberschußgebiete bei größerer Bevölkerungsdichte. Wir brauchen einen großen Kredit, wir brauchen auch die Liebestätigkeit des Auslandes für unsere Hungernden, der allem für unsere hungernden Kinder. Wir appellieren von dem schlecht unterrichteten an das besser zu unterrichtende Ausland. (Beifall.) Wir wollen alle Hilfsaktionen begrüßen, um Deutschland in Kulturland zu verwandeln, um so auch unseren Gewerbefleiß Arbeit zu verschaffen. (Beifall.)

*

Bei der großen Anzahl der Redner, die sich noch zu der Debatte über die Not des Volkes gemeldet haben, ist anzunehmen, daß das Haus auch heute noch nicht in die innerpolitische Debatte eintreten kann. Diese wird vielmehr erst am Dienstag beginnen.

## „Nichtachtung der deutschen Staatshoheit".

### Die Plädoyers im Bergdoll-Prozeß.

ht. Mosbach, 7. 12. (Eigenbericht.) Der heutige Verhandlungstag begann mit dem Plädoyer des Staatsanwaltes Dr. Nebel. Er stellt fest, daß die vielen widersprechenden Erörterungen in der Oeffentlichkeit Anlaß gegeben. Der Gerichtshof habe sich nicht mit der politischen Seite zu befassen, nur mit der strafrechtlichen Seite zu befassen. Es handelt sich um die Anwerbung eines Angriffs auf die deutsche Souveränität, der sich auf das strafrechtliche Gebiet ausbreite. Mit der Person Bergdolls selbst hat die Anklage nichts zu tun. „Wir wissen, daß Bergdoll ein Deserteur ist", sagte der Staatsanwalt wörtlich. „Wir sind nicht verpflichtet, ihm einen besonderen persönlichen Schutz angedeihen zu lassen. Es hätte die amerikanische Regierung gewünscht, Bergdoll der Strafe zuzuführen, so stand ihr der Weg der Auslieferung offen.

Dann gab Dr. Nebel der Ueberzeugung Ausdruck, daß wohl vor der ersten nach der zweiten Ueberfall möglich gewesen wäre wenn nicht die Menschlichkeit der Welt darauf eingestellt sei, daß Deutschland als besiegter Staat machtlos wäre und daß Gewalt vor Recht ging. Das gesamte Rechtsempfinden des deutschen Volkes hat sich in der Haltung der Oberbayerischen Bevölkerung gezeigt, die sich gegen die Nichtachtung der deutschen Staatshoheit empörte aufbäumte. Der Beschwerdeführer der Bevölkerung und der Pflichtterne der Polizeibeamten ist es zu verdanken, daß den Angeklagten in Ebersbach nicht das Schicksal widerfuhr, das Deutsche unter den gleichen Umständen in Amerika oder Frankreich gehabt hätten, nämlich die Lynchjustiz.

Der Staatsanwalt resümierte dann auf Grund der Beweisaufnahme nochmal die ganze Tat, die besonders durch die glaubwürdigen Aussagen des Angeklagten Spercher ein so klares Bild ergeben, daß sich eine Darstellung der Einzelheiten erübrigt. Als feststehend nahm Dr. Nebel an, daß Sperber den Bergdoll nicht töten wollte, sondern nur unschädlich machen. Griffith hält der Staatsanwalt für den Rädelsführer, den geistigen Urheber und Geheimer, ohne dessen Initiative die Tat nicht möglich gewesen wäre. Die Beweisaufnahme hat auch dargestellt, daß Sperber entgegen seiner Darstellung Geheimer hatte. Welche Kreise oder Personen dies sind, wurde nicht aufgeklärt und ist auch für die strafrechtliche Seite unbedeutend.

**Was ist von Griffith bekanntes**

**angeblichen nationalen Motive der Tat**

bezgl der Staatsanwalt die äußersten Zweifel.

Besonders steht für den Staatsanwalt fest, daß schon die Wirkung der Tat in der Ausführung Griffiths bewiesen, daß auch der geistige Teil des Unternehmens eine große Rolle spielte.

Bei der Erörterung des Strafausmaßes bat der Staatsanwalt heute, daß die Angeklagten sich darüber klar waren, sich immer gegen das deutsche Gesetz zu vergehen und die deutschen Behörden zu ärgern. Das Urteil gegen Griffith, der besonders ins Gewicht fällt, daß Griffith und Nelson gewußt haben, daß ihre Tat auch in Amerika schwer bestraft werde und daß Sperber sich deshalb klar war, daß die Tat in Frankreich nach den französischen Gesetzen als Menschenraub mit Zuchthaus geahndet werde.

Der Staatsanwalt beantragte für Griffith 3 Jahre Gefängnis, für Sperber ebenfalls 3 Jahre Gefängnis, für Gagarin 1 Jahr Gefängnis und für Nelson sechs Monate Gefängnis.

Der Verteidiger des Nebenklägers Bergdoll, Rechtsanwalt Zeiß, schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts an. Bergdoll sei Deserteur und habe sich von amerikanischen Standpunkt, Verbrechen gemacht, jedoch nicht vom deutschen, denn Bergdoll, dessen Eltern beide Deutsche waren, empfinde es bei dem Gimmick Wunsch, sich in ein ganz Deutschland als schweren Gewissenskonflikt, gegen Deutschland Bemühen zu sollen. In Bergdoll war das deutsche Blut stärker als die amerikanische Staatsangehörigkeit.

Der Verteidiger des Griffith ist auf Grund der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht die amerikanische Legion hinter Griffith stehe, wie man es zuerst annahm, sondern mehr ein amerikanisches Filmunternehmen, das einen sensationellen Film herausbringen wolle.

## Die Arbeitszeit im Bergbau.

**Neue Gewerkschaftsforderungen.**

Bei den Verhandlungen am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium über die Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau wurde von den Arbeitnehmern bestehenden Deutschland wurde von den Arbeitervertretern folgendes, daß, obwohl bereits im Ruhrbezirk die Arbeitszeit für die Untertagearbeit wiederholt sind, seitens der Gewerkschaften wieder neue Forderungen aufgestellt würden, unter denen die Arbeiterschaft nicht leiden wollte. Von Arbeitgeberseite wurde erklärt, daß auf die Forderungen der Gewerkschaften eine Nachprüfung, ob eine höhere Entlohnung erreicht worden sei, nicht stattfinde und auf eine von diesen angestrebte Differenzierung der Löhne zwischen einzelnen Arbeitnehmergruppen (Angestellte und ungelernte Arbeiter) nicht eingegangen werden könnte.

Da die Gewährung von Zuschlägen zu den Gehältern an die Angestellten, die Gewährung gekürzt war, ist von Arbeitgeberseite die Erklärung abgegeben worden, daß ein Zuschlag erst gegeben werden könne, wenn die Verordnung entsprochen sei. Die Verhandlungen werden in den einzelnen Bezirken fortgesetzt. Im Unterschied zum Steinkohlenbergbau ist bereits die ostelbischen Braunkohlenbergbau die Bergarbeiter-Arbeitszeit mit Zuhinnung der Arbeiterschaft wieder eingeführt worden.

**Das Eisenbahnnotgeld.**

Um den in der Oeffentlichkeit aufgetauchten Zweifeln entgegenzutreten, wird amtlich darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbank auf Papiermark lautendes Eisenbahnnotgeld in Zahlungen an Zahlungen auf Girokonto von dritter Seite annimmt. Um den Zahlungsmittelumlauf flüssig zu halten, werden alle Empfänger dieses Eisenbahnnotgeldes dringend ersucht, es wieder in den Verkehr zu setzen, anstatt es zur Einlösung zu präsentieren. Die Einlösung wird keinesfalls abgelehnt werden.

Wie schon wiederholt bekanntgemacht, behandelt die Reichsbahn wertbeständiges Notgeld, gleichzeitig, wer der Kassiter ist, nicht als Zahlungsmittel, sondern als Ware. Im Geschäftsverkehr ist bezogen das wertbeständige Eisenbahnnotgeld wie die Goldanleihe selbst ein vollwertiges, gesetzliches Zahlungsmittel. Es ist in vollem Umfang durch Goldanleihe und Goldschatzanweisungen des Reiches gedeckt und wird später planmäßig in kleine Goldanleihescheine umgetauscht.

## Zur Arbeitsfrage im Kohlenbergbau.

Von
Dr. Fr. A. Pinkernell, M. d. R.

Eine sachliche Debatte über die Arbeitszeitfrage setzt die Anerkennung des Standpunktes voraus, daß die Festsetzung der Arbeitszeit keine politisch-prinzipielle, sondern eine wirtschaftliche Frage ist, die lediglich die Aufgabe der Ermittlung des Weges zur Produktion einer hinreichenden Menge bei größter Billigkeit hat. Unter Verzicht auf Verurteilung irgendwelcher Theorien haben wir lediglich zu untersuchen:

1. Wie hoch ist der Eintrag an Förderung seit der Vorkriegszeit gewesen?
2. Wie groß ist dann die Schuld der verkürzten Arbeitszeit?
3. Wie bestimmt sich die Notwendigkeit der Arbeitszeiterhöhung und
4. welches sind ihre Folgen oder mußten sie sein?

Im Jahre 1913 hat das Ruhrrevier mit einer täglichen Durchschnittsförderung von 383—390 000 t erzielen können; der Anteil des Belegschaftsmitglieds betrug am Tage 0,9 t. Wir nehmen diese Zahlen als Normen. Die Geburtswehen des neuen Staates und der neuen Gesellschaft brachten einen Gestängsrückgang über das — an denen anderen Gewerben gefundene — Durchschnittsmaß. Die Tagesleistung ging zeitweise unter ½ t, eine Tagesdurchförderung von 300—310 000 t konnte in den Jahren des Wiederaufbaus (1920) als die leider „normale" angesehen werden. Eine Zehnjähre von 70—80 000 t am Tage erwirkte die Notwendigkeit der Beschäftigung von englischer Kohle und trug so bei zur Belastung des Devisenmarktes. Der Produktionsverlust im Ruhrkohlenbergbau ist mit jährlich 12 Millionen Pfund Sterling gering veranschlagt.

Bei der Erwägung der Schuld an diesem Rückgang kann die Arbeitszeitverkürzung nicht als einziges Moment angeführt werden. Die periodischen politischen Bannrichtungen, die gewerkschaftlichen Kämpfe wirkten sich für den Bergbau in sehr hohem Maße aus. Hat doch die Statistik ergeben, daß die Verhandlungen vor Ort" vor und nach dem 1. Mai, die Auseinandersetzung zwischen „Roten" und „Christen" der Allgemeinheit durchschnittlich 100 000 t Ruhrkohle kosteten. Die Ernährungsschwierigkeiten im Jahre 1919 wollen Sonders berücksichtigt sein und werden auch voll gewürdigt. Zur Sicherung des Lebens von 170 000 neu eingestellten Bergfremden Leuten brachte Stockungen und Hemmungen. Diese Neueinstellungen waren aber zum größten Teil durch die Arbeitszeitverkürzung bedingt. Man hoffte durch Belegschaftsvermehrung eine Erhöhung der Förderung zu können. Nicht unberücksichtigt werden darf die Tatsache, daß im ersten Nachkriegsjahr Kriegsschulden mit Bezug auf den technischen Ausbau der Werke begleich werden mußten.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen darf und muß gewußt werden, daß die Arbeitszeitverkürzung den Hauptteil der Verantwortung am Produktionsrückgang hat. Ohne breite Aufrechnungen anstellen zu wollen, mag die Behauptung, daß eine achte Arbeitsstunde eine tägliche Durchschnittsproduktion von 350 000 t hätte ergeben müssen, an den Erfahrungen der „Ueberschichten" bewiesen werden.

Der Einwand, daß der technische Ausbau der Zechen diese Leistung nicht habe aufnehmen lassen, ist hinfällig. Es ist unwiderlegbar, daß er noch immer erhoben wird. Der Maßstab des Ausbaus der Preßluftschacht und die Erhöhung der Dampfkraft muß beweiskräftig sein. Peinlich genau bearbeitete Statistiken haben ergeben, daß im Oberbergamtsbezirk Dortmund die Zahl der Druckluftmaschinen von 15 007 im Jahre 1913 auf 20 206 im Jahre 1921 gestiegen ist, daß im Jahre 1913 auf 1 Hauer 2,7 PS., im Jahre 1923 42 PS kam. Das ist eine Leistung dar, die angesichts der wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaus bewunderungswürdig ist.

Nach f

A1 B2 A2 B3 A3 B4 A4 B5 A5

faches dieser Summe aus dem Sparkonto der Bahnwirtschaft ergeben.

Ob und wie die Kohlenproduktion unter gepackt werden, unter technischen Voraussetzungen der Wiederaufbau des Ruhrkohlenbergbaus stattfinden kann, muß Gegenstand einer anderen Untersuchung sein. Die Erwägungen einer Produktionspolitik ergwingen den Versuch dieser Lösung.

Die Erhöhung der Arbeitszeit enthebt den Bergbau nicht von der Verpflichtung, den organisatorischen und technischen Rückstand der Gruben intensiv fortzusetzen und vor allem, sich einen hochqualifizierten Arbeiterstamm heranzubilden. Er kann dieser sich nur entledigen, wenn ihm die erhöhte Produktionssteigerung und die Tatsache, daß er die Produktion voll und günstig verwerten kann, die Mittel dazu schaffen.

## Geplante Gesamttagung der Auslandsdeutschen.

Die im „Verband der freien Deutschtumsvereine" zusammenschließenden, konfessionellen Verbände beabsichtigen, im September nächsten Jahres eine Tagung sämtlicher Auslandsdeutschen in Berlin zu veranstalten, bei der die wirtschaftlichen Beziehungen der Auslandsdeutschen und der Deutschen im Reich zur Erörterung kommen sollen. Die Geschäftsführung des Verbandes, der „Verein für das Deutschtum im Ausland", übertragen worden. Neben ihm gehören außerdem noch Körperschaften mit den jenen angeschlossenen Vereinen dem Verbande an: Bund der Auslandsdeutschen, Deutscher Schutzbund, die Vereinigung für deutsche Siedlung und Wanderung, die Deutsche Kolonialgesellschaft, die Vereinigung „Deutsch-Evangelisch im Ausland" und der Reichsverband der katholischen Auslandsdeutschen. Neuerdings hat sich auch das „Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart angeschlossen.

Der Verband führt seine Arbeit ohne Unterschied der Religion und unter Zurückstellung aller parteipolitischen und Klassengegensätze durch und hält sich von aller innerpolitischen Betätigung fern.

## Das bayerische Generalstaatskommissariat.

### Das Verhältnis zum Reich im Landtagsausschuß.

**München**, 6. 12. Im Ständigen Landtagsausschuß wurde heute die politische Aussprache fortgesetzt. Der demokratische Abgeordnete Dr. Müller erklärte, die Tatsache, daß Dr. Kahr nicht eine exekutive, sondern auch eine legislative Tätigkeit ausübe, sei ein staatsrechtlicher Fehlgriff, der einzig dastehe. Die wiederholten Konflikte mit dem Reich, auch im Falle Dossow, seien die zwangsläufige Folge der Ernennung d. Kahr zum Generalstaatskommissar. Eine gerichtliche Aufklärung der Putschvorgänge dürfe auch vor Herrn v. Kahr nicht Halt machen.

Für die Bayerische Volkspartei sprach der Abgeordnete Heim. Die Konflikte zwischen Bayern und dem Reich hätten sich kaum ereignet, wenn in Berlin auf die bayerischen Wünsche Rücksicht genommen worden wäre. Der Fall v. Dossow wäre überhaupt nicht vorgekommen, wenn sich die berufenen Herren in Berlin mit der bayerischen Regierung im Benehmen gesetzt hätten. In die Kritik, die an der Tätigkeit des Generalstaatskommissars d. Kahr geübt werde, könne er nicht einstimmen, denn auch er könne das Volk aus dem Wirrwarr um Wien nicht von heute auf morgen herausführen. Das Verhältnis zum Reich ist die Zukunftsfrage für die bayerische Regierung. Es werde seine bayerische Regierung geben können, die nicht eine Umgestaltung des Reichs in Einklimmen, denn auch er könne das Volk aus dem Wirrwarr um Wien nicht von heute auf morgen herausführen. Das Verhältnis zum Reich ist die Zukunftsfrage für die bayerische Regierung. Es werde keine bayerische Regierung geben können, die nicht eine Umgestaltung des Reichs in Frage stellen wollte

# Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 7. Dezember 1923.

## Die Frau ohne Kopf.

Die schönsten und geistreichsten Frauen Berlins (mit Ausnahme natürlich der Leserinnen) stehen in der Leipziger Straße und haben keinen Kopf. Aber sie haben die Geste und tragen vor kostspieligsten Kleidern mit einem Kaubraut stilvollhafter Verschämtung zur Grenze, das alles Begreifen- und alles Tragenkönnens schwerwiegend, reflektiert lässig hoch, fazzam erlebnistatiel, wie keine Frau sich sie aufbringen könnte, deren Schultern am Rücken- oder sonstigen Kopf drückt.

Denn Puppenkopfe sind dumm und kluge Köpfe nicht weiblich und hübsch. Die einzige Möglichkeit für eine Frau ist also, keinen Kopf zu haben, vorzüber sich im egzerhaustischen Reifalter niemand wundert. Wir haben jene schönen geistreichen Frauen sogar erzählt, daß kaum ein Mensch merkt, daß sie keinen Kopf haben. Ein vermöntlicher Kaufmann hat sie deshalb überhaupt keinen Kopf, und eine Frau die X-Millionen-Kleider trage schon gar nicht. Und überhaupt wäre es so pikant, keinen Kopf zu haben und in Grunde auch sonst nicht, was gemeinhin als weiblicher Reiz genommen wird, und doch als das Urbild einer Frau zu wirken. Einer modernen Eva, verliebt sich.

So haben sie hinter den Ersteschieben, die phantastischen Gottes über den goldnen Altrofeld geworfen, und triumphieren über die Geschlechtsgenossinnen, die ein minutiös Kopf, Brust und Bein einigen haben und darum niemals so vollendet wie sie diese Kleider zu tragen vermögen.

Und natürlich bleibt manche hübsche Frau von dem Schaufenster fehlen, weil sie nicht nur auf das schöne Gesicht. So sinnliches kann man sich machen lassen; auch durch einen Glückskoffer oder Dollarvetter solches geschenk erhalten; und der Habitus sieht sich vielleicht vor dem Spiegel so hoch einhalten — bitzet sie sich ein. Aber der Kopf, der nicht da ist, dieser Reiz, eine den oder mit dem das Ganze nicht bald so hoch wird, über den ist nicht wegzukommen. Ein Reiz will doch heute interessant, durchgeistigt getragen werden . . . Wozu hat man bloß einen Kopf.

Und hat die Frau, die so denkt, nicht recht? Sie könnte doch ebenfalls keinen Kopf haben . .

Henny Moos.

### Die Goldanleihe der Berliner Gastwirte.

Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Donnerstag in geheimer Sitzung mit der beabsichtigten Goldanleihe zwecks Sicherheit für die von der Berliner Gastwirte-Zeitung aufzunehmende Anleihe von 8 Millionen Goldmark einer Zinsen- und sechs Grundstücke der Berliner Gastwirte eingetragen werden soll. Einige Bedenkenträger dieser Anleihe haben bekanntlich in Stadtverordnetenkreisen Gehörten hervorgerufen. Wie wir hören, sind diese in der Stadtverordnetenversammlung zum Ausdruck gekommen. Die Sitzung mußte unterbrochen werden um den Fraktionen Gelegenheit zu erneuter Stellungnahme zu geben. Es ist zu erwarten, daß auf Antrag der Deutschen Volkspartei beschlossen die Vorlage an einen Ausschuß zu verweisen. Der Ausschuß soll sich mit den Bedenken befassen; um die Beschaffung der Vorlage zu beschleunigen, soll zu diesem Zweck am nächsten Dienstag eine erneute Stadtverordnetensitzung einberufen werden.

### Die Beherbergungssteuer.

Die Stadtverordnetenversammlung hat, wie berichtet, der Magistratsvorlage zur Beherbergungssteuer über die Einführung eines einheitlichen Satzes von 30 % für Hotelübernachtungen und einen Satz von 25 % für Hotelübernachtungen gestern zu Ende. Der Magistrat wird in der nächsten Sitzung erneut dazu Stellung nehmen. Als Satz kommen 25 % bei der bisherigen Steuer, wonach für die ersten 2,50 ℳ des Zimmerpreises 15 %, für alle 2,50 ℳ übersteigenden Preise 35 % brutto erhoben werden.

### Ein Siebzicher.

Geheimer Justizrat Heinrich Dove, Stadtverordneter von Berlin, Ehrenmitglied der Berliner Handelskammer und ehemaliger Vizepräsident des Reichstages, vollendet am Dienstag, 11. Dezember, sein 70. Lebensjahr. Der jüngstens Stadtverordnetenversammlung gehörte er seit 1902 an und ist Mitglied der neuen Stadtverordnetenversammlung seit 1920. Als Mitglied der Repräsentanten des Berliner Bürgervereins, sächsischer Kreisvereine, des Großen Rats der Handelshochschule, mehrerer Stiftungen und dieser Ausschüsse hat Geheimrat Dove eine kosmopolitische Tätigkeit entfaltet. Bei Freunden wie politischen Gegnern ist er gleich hochgeachtet.

### Die Steuerbücher für 1924.

Die Hauptsteuerverwaltung teilt mit: Die Steuerbücher für 1924 sollen allen Arbeitnehmern Groß Berlins, die ihre Wohnungen seit dem 10. Oktober d. J. nicht gewechselt haben, im Laufe des Monats Dezember in den Wohnungen zugestellt werden. Den nach dem 10. Oktober d. J. innerhalb Groß Berlins vorgenommenen Arbeitsnehmern kann das Steuerbuch nicht zugestellt werden. Diese Arbeitnehmer müssen es sich von dem Magistrat abholen, in dessen Bezirk sie am 10. Oktober gewohnt haben, oder die Ueberlassung durch die Post beantragen unter Angabe der früheren und der jetzigen Wohnung. Solchen Anträgen muß das Kuvert beigefügt werden.

## Moskau in Berlin.

Bei der Ansammlung der Kommunisten im Lustgarten wurden sehr viele Fremdsprachen gesprochen. In Kommunistenuniformen kam es auch in Treptow und in der Blumenstraße in Charlottenburg. Die Polizei mußte in beiden Fällen mit Gummiknüppeln und Seitengewehren vorgehen, doch ist niemand verletzt worden. Zu einem größeren Aufstand kam es ebenso am Schönhauser Tor. Die Polizei mußte von Gummiknüppeln und Seitengewehren Gebrauch machen. Zu Anfahrt daran kommen mit den Radfahrern Kreuz von der Hauptmilizen K.P.D.-Zentrale und in der Neuen Schönhauser Straße gleichfalls Anfahrte mit Polizeigewalt geräumt. Auch ein berüchtigtes Café in der Neuen Schönhauser Straße, wohin sich allerlei Gesindel verzogen hatte, wurde geräumt. Auf dem Bülowplatz sind abends insgesamt 20 Personen festiert worden. Sie hatten an den Demonstrationen teilgenommen und versuchten auf dem Potsdamer Platz Kundgebungen zu veranstalten.

Ueber die Art und Weise, wie die Demonstrationen inszeniert werden, erfahren wir von zuverlässiger Seite, daß die Leitung des seit dem Verbot des General v. Seeckt illegal tätigen Berlin-Brandenburg der K.P.D. in den Händen der Frau Ruth Fischer liegt, die übrigens, nachdem sie wiederholt ausgewiesen war, jetzt die preußische Staatsangehörigkeit erworben hat. Auch Hilfer, geborene Eisler, geborene Friedländer, hat in Berlin inquisitorischen Aufsicht Wohlfe des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg geheiratet und so in die Kommunistenführer Moskau, der früher lange Zeit hindurch mit Ruth Fischer gemeinsam arbeitete und mit ihr einer der Führer der Opposition der K.P.D. war, hält sich jetzt in Rußland auf und dürfte kaum wieder nach Deutschland zurückkehren, da er unter der Anklage der Urkundenfälschung steht.

### Die Reichsbahn kann kaufmännisch denken.

In Zukunft soll den Schadenersatzleistungen der Reichsbahn, die nach dem 1. November dieses Jahres entstehen, der in Goldmark umgerechnete Wert zugrunde gelegt werden, den das Gut am Ort der Ablendung im Zeitpunkt der Annahme zu Beginn der Beförderung hatte. Für nach stattgefundene Schadenersatzanträge wird die Reichsbahn angewiesen, sobald als möglich durch Vergleich mit dem Antragsteller sich zu einigen.

### Mord in Spandau?

Im Haus Zikowitzstraße 14 in Spandau wurde der Millionär Schulz in seinem Keller mit einer Schaufelwunde in der Stirn, tot aufgefunden. Die Mordkommission wurde sofort alarmiert. Da man der Ermordete Schulz in seinem Keller mit einer Wohnung erschlossen und dann in den Keller hineingeschleift worden ist. Ein Zimmerlevator lag in der Mitte des Flurs. Die Hausbewohner kennen den Zimmer durch die Küche nach dem Keller.

### Abenteuer in der Grenadierstraße.

Einen argen Streich hatte eine Buchhalterin mit ihrem Verlob. auf der Schwarzen Bude in der Grenadierstraße ein Geschäft zu machen. Sie erhielt von ihrer Firma 200 Dollar in Schatzanweisungen zum Umwechseln in Papiermark. Auf eine kleine Nebeneinnahme bedacht, beschloßte sie zunächst in zwei Geschäften einen höheren Kurs zu erhalten. Als das mißlang, wandte sie mit einem Bekannten einen Gang nach der Grenadierstraße. Dort wurde sie auch bald von herumlungernden Gestalten angesprochen. Auf ihre Frage, wieviel man für Dollarschatzanweisungen gebe, nannten sie einem Leute, daß er erbeblich über den Kurs zahle. Er ging mit der Buchhalterin und ihrem Begleiter in den nächsten Hausflur, und bolte ein Bündel Papiergeld aus der Tasche. Unterdessen hatten mehrere Leute die Gruppe beobachtet. Sie umzuwerfen sich der Hausflur an und bedrohten dann den Alur. Plötzlich entriß einer von ihnen dem Mädchen die Schatzanweisungen und verschwand in Nordwestlichen. Um die Verdachte an der Verfolgung des Räubers zu hindern, sprang der Händler, der bei der Wechselgeschäft angehoben hatte, davongingen. Ihr Begleiter nahm jedoch die Verfolgung auf. Der Flüchtige verschwand aber schleunigst und wurde nicht mehr gesehen. Als der Verfolger mit der Buchhalterin versuchte, dem Gewinner nachzueilen, erschienen plötzlich 20 Spaßvögeln des Verbrechers, schlugen auf beide ein und machten so der Verfolgung ein Ende. Polizeibeamten gelang es, wenigstens einen der Straßenräuber zu ergreifen, einen Schneider Max Deuter, der aus der Ukraine stammt.

## Deutschtum und Familie.

### Eine Kundgebung des Gesamt-Elternbundes.

Im Gemeindehaus Dreifaltigkeit fand am Donnerstag die im Mittelpunkt der Vorträge der Reichsregierungsmacht stehende Familienfest des Gesamt-Elternbundes Groß Berlin statt. In Kundgebung an den Reichsbundes Groß Berlin, 10 Elternbünde Groß Berlins gestaltete sich diese Feier zu einer eindrucksvollen Kundgebung für deutschen Familienbund und deutsche Erziehungsarbeit.

Schon der erste Redner des Abends, Geheimrat Dr. Butte, gab in seinem Vortrag über „Luthers Kraftgestalt als Vorbild deutschen Familienlebens" ein voll so feiselsfestes Bild von der deutschen Familie, wie sie leben im 16. Jahrhundert bestand und und heute noch zum Vorbild dient. Er zeigte und Luther wie er der ganzen Welt zum Trop behandelt „kleine Kätte" beirotet, mit ihr eine Familie gründet, wie er gern Kinder hatte und für seine Kinder, wie sein Haus in Wittenberg das Heim aller Bedrängten und Armen wird, er zeigte und den Reformator, wie er, nach Gottes Gebot und trotzdem untergegen im Sterbebett seiner Tochter steht, wie er sein „Lädchen" Briefe schreiben lehrt und Kindlichkeit weckt.

Was Geheimrat Butte vom Familienleben an sich, von mütterlicher und väterlicher Betreuung im Reformator vor Augen stellt, das lagen Beamte wurde von Frau Emmy Hoch-Knapp in ihrer Rede wie rednerisch feslrinker Form nahmen. Was sie über „Mutter und Erziehung" sprach, war nicht allein das Bekenntnis einer durch Erfahrung, das Wissen gewachsenen, sondern ein Bekenntnis zu der Erziehung, die Kraft und Reinheit, die sich „Kraftlos" nennen und die Schwerin als Erziehungsfehler bezeichnen sind, aber weiter auch nicht der gewaltige Zusammenhalt zwischen diesen bestehen. Die Familie habe nicht „versagt" versagt hätten die Menschen, die im Materialismus die Kinder dahinen verpeßten hätten. „Verlust" hätte auch nicht die Schule. Sie hätte mühsam die Kinder bereits essenen überzeugen werden.

Einen stimmungsvollen Rahmen gaben der Feier gesangliche und rezitatorische Darbietungen.

### Erhärmliche Gesinnung.

Durch eine unglaublich gemeine Handlungsweise ist ein armer Zeitungshändler von der Straße um sein mühsam zusammengesparte Kaufkraft gekommen. Dem Kaufmann Wedenberg war die Schwierigkeit der Zuwanderung in seine Wohnung gelegt worden. Es kam bald zu Streitigkeiten, da der Behauptwonder Schwierigkeit bei der Familie M. Anlaß gegeben hatte. Schließlich wurde das Mieteinigungsamt angerufen. In dem Termin botte die bei Wegenberg beschäftigte Köchin angeboten, daß sie Wedenberg ein nicht weniger als drei Bücher habe. Das hatte die Wut der Z. entfacht. Die Köchin kam vor ihrer Tochter und hatte sich für den Gang zum Stadtamt von der D. ein Kleid machen lassen. Als sie am Tage vor der Hochzeit das Kleid wieder hervorholte, um es anzuprobieren, fand sie zu ihrem Schreck, daß es vollständig durch Säure verbrannt war, so daß nur noch Fetzen vorhanden waren. Ihr Schmerz wurde aber noch größer, als sie ihre beiden Schlafkleider offnete und sehen mußte, daß ihre gesamte Bettwäsche, Hemden, Wäsche und Kleidungsstücke, ebenfalls durch Säure vernichtet war. Die Kriminalpolizei nahm eine Durchsuchung der Kinzellagen in einem Bertfeld eine Kiste, in der sich noch ein Rest von Schwefelsäure befand. Wenn Dreimal hatte sich in der Wohnung der Z. Kriminalpolizei und Mieteinigungsamt angerufen. In dem Termin botte die bei Wegenberg beschäftigte Köchin angeboten, daß sie Wedenberg ein nicht weniger als drei Bücher habe. Das hatte die Wut der Z. entfacht. Die Köchin kam vor ihrer Tochter und hatte sich für den Gang zum Stadtamt von der D. ein Kleid machen lassen. Als sie am Tage vor der Hochzeit das Kleid wieder hervorholte, um es anzuprobieren, fand sie zu ihrem Schreck, daß es vollständig durch Säure verbrannt war, so daß nur noch Fetzen vorhanden waren. Ihr Schmerz wurde aber noch größer, als sie ihre beiden Schlafkleider öffnete und sehen mußte, daß ihre gesamte Bettwäsche, Hemden, Wäsche und Kleidungsstücke, ebenfalls durch Säure vernichtet war. Die Kriminalpolizei nahm eine Durchsuchung der Kinzellagen in einem Bertfeld eine Kiste, in der sich noch ein Rest von Schwefelsäure befand. Wenn Dreimal hatte sich in dem Zimmer der Frau Z. Kriminalpolizei und Mieteinigungsamt angerufen. Die Kriminalpolizei nahm eine Durchsuchung der Kinzellagen in einem Bertfeld eine Kiste, in der sich noch ein Rest von Schwefelsäure befand. Wenn Dreimal hatte sich in dem Zimmer der Frau Z. Kriminalpolizei und Mieteinigungsamt angerufen.

### Das Erbbeben.

Das vom Potsdamer geodätischen Institut mitgeteilte Erbbeben ist am Mittwoch abend auch von den Apparaten der Hamburger Seewarte registriert. Die Erbbebenstörungen verzeichnet wurden. Die Aufzeichnung begann 10.43 Uhr und dauerte etwa eine Stunde. Weitere Angaben über den Ort des Erbebens sind bisher noch nicht eingegangen.

### Rachzeit eines entlassenen Arbeiters.

Aus Breslau meldet unser Berichterstatter: Ein Attentat aus dem Hinterhalt wurde auf den bei der Minerwerkbetriebs Dr. Willi Feiler aus Rat bei Zedwitz in Schlesien verübt. Als Dr. Feiler in Begleitung des Chefarztes Dr. Hermann, dem Bezirksarzt des Gutes, und seiner Tante, Frau Grodzewitz aus Breslau, von der Jagd eine Kapellen abends nach seinem Gute fuhr, wurde der Wagen mit seinen Insassen beschossen. Hermann wurde dabei getötet und Frau Grodzewitz durch mehrere Schüsse schwer verletzt. Als Täter kommen einige Arbeiter in Frage, vor allem der Lohnarbeiter Sobron, der von Dr. Feiler wegen Diebstahls wiederholt entlassen worden ist. Die Verdächtigen sind verhaftet worden.

## Geubenkatastrophe in Oberschlesien.

**Königshütte, 6. 12. (W. T. B.)**

Wie der „Oberschlesische Kurier" und Rybnik mitteilt, stürzten auf der Zeche Feldmarschall Blücher beim Schachtabteufen große Steinmassen herunter, wodurch die Schießbühne fortgerissen und die Sicherheitsbühne durchschlagen wurde. Die gesamte Belegschaft des Schacht II ist verunglückt. Bisher wurden zwei Tote und drei Schwerverletzte geborgen.

### Große Heidevorräte durch Feuer vernichtet.

Aus Hamburg meldet uns ein Eigenbericht: Ein Großfeuer brach in der Nacht zum Donnerstag in den Lagerschuppen der Firma Hansen, in denen ungefähr 60 Meter langen Lagerschuppen 10 000 Ztr. mit Reis und Futtermitteln lagerten. Die Feuerwehr fand ein riesiges Flammenmeer vor und mußte mit zwölf Rohren das Feuer bekämpfen. Während es gelang, die Heidemühle zu retten, brannten die Lagerschuppen bis auf einige Pfeiler nieder. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt.

## Kurze Meldungen.

Die Biologische Reichsanstalt veröffentlicht, um Aufklärung über die Vorrats- und Speicherschädlinge und über Bekämpfung in die Bevölkerung zu tragen, vom 10. bis 15. Dezember eine Ausstellung von Schädlingen und Haushaltungsschädlingen, die kostenfrei zugänglich ist.

In unserer Preisübersicht über die Entwicklung der Lebensmittelpreise im heutigen Morgenblatt ist ein kleiner Druckfehler unterlaufen. Der Milchpreis im Kreuzberg vom 6. Dezember beträgt nicht 0,70 Goldmark, sondern nur 0,37. Der hohe Brotpreis vom 5. November hat seine Richtigkeit, da an diesem Tage der Preis auf 540 Millionen festgesetzt war.

Der Bloch-Klub e. V. Verein zur Hebung der Kinkiendbekenntnisse (Deutschlands), veranstaltet an jedem Montag im Hotel „Kaiserhof" einen Vortragsabend. Am Montag, dem 10. Dezember, spricht Dr. Weber über das Verbot der „Deutschen Zeitung" in Chile über die politische und wirtschaftliche Bedeutung Südamerikas. (Kinkiendbekenntnis erteilt Dr. Bergas, Wallendorf 2077 und 6817.)

Das Weihnachtskonzert, das die Frauengruppe des Landesverbandes Groß Berlin des Deutschen Offizierbundes zum Besten ihrer Fürsorgeeinrichtung am Sonntag im Blüthnerpalast veranstaltet, beginnt nachmittags 4 Uhr.

Am Donnerstag fand in den Räumen der dänischen Gesandtschaft am Kurfürstendamm ein Tee statt. Die Gattin des dänischen Gesandten Cyrillem Sandonne empfing die zahlreich erschienenen Mitglieder der Berliner Gesellschaft und des diplomatischen Korps.

### Fremde in Berlin.

**Hotel Excelsior:** Egon Fürst von Fürstenberg (Donauschingen), Kammerpräsident v. Kinzing (Donauschingen).

### Wetterausichten.

Ueberwiegend trübe mit auffrischenden südwestlichen Winden, leichten Regenfällen und Erwärmung.

### Lebensmittelpreise von heute.

In der Berliner Markthallen notierten am 7. 12.

Preise in Millarden Mark.

| | | |
|---|---|---|
| Rind Rindfleisch | 1400 | —9200 |
| „ Hammelfleisch | 1400 | —9200 |
| „ Schweinefleisch | 1800 | —2200 |
| „ Kinderrouladen | | 1700 |
| „ Kalb Kalbfleisch | | 2500 |
| „ Geflügelfleisch (Huhn) | 700 | —900 |
| „ Gänse | | 1500 |
| „ Bratwurst | | 3900 |
| „ Butter | 2600 | —3600 |
| „ Kunstwurst | 780 | —1080 |
| „ Schmalz | | 1100 |
| „ Speck (ungesalz.) | 1100 | —1300 |
| „ Pflanzenfett (ital.) | 1000 | —1100 |
| „ Kunstpflanzenfett | 40 | — 44 |
| „ Mohn | 4200 | —9000 |
| „ Eier | 9000 | —11500 |
| „ Kalbe | 2700 | —3200 |
| „ Zucker | 500 | —550 |
| „ Kartoffeln | 700 | —800 |
| „ Kalbrenn od. Frostfleisch | 700 | |
| „ Kartoffeln | 1100 | —1200 |
| „ Salz Hilla | 750 | —800 |
| „ Knödelmehlerie | | 300 |
| „ Kartoffelmehl | | 600 |
| „ Mehrheit | 150 | — 140 |
| „ Kaffeepulverquelle | | 400 |
| „ Kartoffelmehl | | 320 |
| „ Haferflocken | | 1800 |
| „ Kartoffelmehl | | 300

# Volkswirtschaftlicher Teil.

Freitag, den 7. Dezember 1923.

## Rückkehr zur Bilanzwahrheit.

Durch die Umstellung der Steuern auf Gold ist die Frage der Goldbilanzierung dringend geworden. Der Zentralverband des Deutschen Groshandels hat sich mit folgenden Ausführungen zur Frage der Goldmarkbilanzen dem Reichsjustizministerium gegenüber geäussert:

Die bisherigen Vorschriften des H.G.B. sehen einen Zwang zur Führung der Bücher in einer bestimmten Währung nicht vor, die Bücher können daher schon jetzt in jeder ausländischen Währung sowie in Goldmark geführt werden, was auch von zahlreichen Handelsfirmen schon heute geschieht. Eine Änderung der gesetzlichen Vorschriften in dieser Beziehung ist daher weder notwendig, noch zweckmässig. Für die Bilanz gilt dagegen die Vorschrift der Aufstellung in Reichswährung. Auch dieser Bestimmung ist m. E. Genüge geschehen, wenn die Bilanz in Goldmark aufgestellt wird, da aber hierüber in kaufmännischen Kreisen starke Unsicherheit herrscht, halten wir eine Klarstellung im positiven Sinne auf jeden Fall für notwendig. Darüber hinaus sind ir aus Gründen der kaufmännischen Solidität, der Sicherheit im Kreditverkehr und der Notwendigkeit einer gleichmässigen Heranziehung aller Kreise zur Steuerzahlung der Auffassung, dass ein Zwang zur Aufstellung der Bilanz in Goldmark vom nächsten Bilanzstichtage ab erforderlich wäre.

Zunächst ist dabei aber Voraussetzung, dass die entsprechenden handelsrechtlichen Vorschriften volle Uebereinstimmung mit den steuerrechtlichen Bestimmungen haben müssen. Verschiedenartige Vorschriften würden keine Beseitigung der jetzigen Unklarheiten, sondern eine neue Verwirrerheit herbeiführen. Die weitere Voraussetzung ist eine absolute Wahrheit der Börsenkurse, insbesondere der Devisenkurse. Da nach übereinstimmender Ansicht aller Kreise die Goldmark nur mit $^{42}/_{10}$ Dollar angenommen werden kann, ist die Richtigkeit des amtlichen Berliner Dollarkurses eine unbedingte Voraussetzung. Da weder die Effekten, noch die Warenpreise dem zurzeit amtlich festgesetzten Dollarkurse, zu dem es für die Mehrzahl der Kaufleute zur keine Devisen gibt, entsprechen, würde ein allgemeiner Zwang, die Bilanzwerte zu diesem Kurse umzurechnen, nicht die Wiederstellung der Bilanzwahrheit, sondern nur ein neues Zerrbild aller kaufmännischen Verhältnisse bringen.

Eine richtige Notierung der Börsenkurse nur für die letzten Tage des Jahres wird diese Schwierigkeit nicht beseitigen, da die Wirkungen auf dem Preisgebiet nicht überall sofort eintreten. Eine Umrechnung auf Goldmarkwerte ist deshalb nur denkbar unter Ausschaltung der amtlichen Kurse und Zugrundelegung der Weltmarktpreise und direkter Umrechnung zur Goldparität der Goldmark. Für viele Waren wird das aber deshalb schwierig sein, weil durch die noch bestehenden Schranken der Ein- und Ausfuhrkontrolle ein gleichmässiger Goldmarkpreisniveau in den Land und in Weltmarkt nicht besteht. Wenigstens schwer, wenn auch nicht unbetrieblich, werden sich durch die Häuserzwangswirtschaft gänzlich ausgerenkten Verhältnisse auf dem Grundstücksmarkt für die Aufstellung der Goldmarkbilanz bemerkbar machen, da diese Gesetze für Geschäftshäuser nicht in gleicher Weise wirksam sind wie für Wohngebäude und ausserdem die gewerblichen Zwecken dienenden Grundstücke auch weit weniger nach ihrem Marktwert, vielmehr nach ihrem Anschaffungswert in die Bilanz eingesetzt worden sind. Die vorherige Schaffung einer Goldmarkwährung sowie die vorherige Buchführung in Goldmark halten wir dagegen nicht für notwendig zur Aufstellung einer Goldmarkbilanz. Aus alledem ergibt sich, dass ein evtl. gesetzlicher Zwang zur Goldmarkbilanz zunächst nur in ganz allgemeine Vorschriften gefasst sein kann und Einzelbestimmungen nur allmählich im Laufe der nächsten Jahre zur Geltung gebracht werden können.

Einer Regelung in dem Sinne, dass die nächste Abschlussbilanz noch falsch sein darf, aber für das neue Geschäftsjahr eine völlig neue Eröffnungsbilanz nach den Grundsätzen neu zu gründender Firmen und Gesellschaften vorgetragen werden muss, möchten wir widerraten. Ein Durchbrechen des Grundsatzes der Bilanzkontinuität darf nur wenigst erfolgen, als es die Richtigstellung erfordert. Neue Eröffnungsbilanzen auf der ganzen Linie würden auch ohne Nachprüfung der Revisionen bedenklich sein, zumal wenn die Richtigstellung der Bilanz für die Aktiengesellschaften nicht auf dem Wege der zu veröffentlichenden Abschlussbilanz, sondern der völlig intern bleibenden Eröffnungsbilanz geschieht. Wir können uns den gesetzlichen Zwang zur Goldmarkbilanz praktisch nur in Form einer gesetzlichen Vorschrift vorstellen, einmal bei der nächsten Abschlussbilanz nach Inkrafttreten alle Bilanzposten, soweit sie den wahren Goldmarkwert übersteigen, auf diesen zu ermässigen sind. Da die Frage der Aufwertung der Hypotheken und Obligationen noch der Lösung harrt, würde eine solche entweder gleichzeitig erfolgen müssen oder eine provisorische Erledigung durch eine Vorschrift zu erfahren haben, wonach eine evtl. Verminderung dieser Werte als offene Spezialreserve erscheint.

Ergibt sich danach ein Verlust, was bei fast allen Firmen angesichts des starken Substanzverzehrs der letzten Jahre der Fall sein wird, so muss das Geschäftskapital um diesen Betrag geklärt werden. Eine Gleichstellung solcher Kapitalklärung aus steuerrechtlichen Gründen für Einzelfirmen, offene Handelsgesellschaften usw. einerseits und Aktiengesellschaften und G. m. b. H. andererseits, ist mit Rücksicht auf die zu erwartende Steuerlast der nächsten Jahre unbedingtes Erfordernis. Es wird sich diese Gleichstellung schwerlich durch Ausdehnung der für Einzelfirmen geltenden Grundsätze auf die Gesellschaften erzielen lassen, vielmehr wird zugekehrt die Regelung für Gesellschaften als zulässig auch für Einzelfirmen zu gelten haben. Dies vorausgesetzt, müsste der ergebende Verlust zunächst durch Heranziehung der offenen Reserven mit Ausnahme der oben genannten gesetzlichen Reserve erfolgen. Der darüber hinausgehende Verlust müsste bis zur Hälfte des Kapitals also in 3—5 Jahren zu tilgenden Verlustvortrag eingesetzt werden. Bleibt auch dann noch ein Verlust, so müsste er durch Heranziehung stiller Reserven, also in Abweichung von den geltenden Bestimmungen, durch Höherbewertung von einzelnen Aktivposten, bis zur vollen Höhe des Weltmarktpreises oder Anschaffungspreises in Goldmark gedeckt werden. Der darüber hinausgehende Verlust wäre durch Ermässigung des Kapitals bei Einzelfirmen bzw. durch Ermässigung des Nominalwertes der Aktien oder Stammanteile zu decken. Ergibt eine solche Ermässigung Beträge von weniger als 100 Mark für eine Aktie oder Stammanteil, so muss entsprechende Zusammenlegung für den dann noch zu deckenden Verlust erfolgen. Im ganzen empfehlen wir Handel und Industrie die Sanierung nicht über das unbedingt erforderliche Mass hinaus durch Zwangsbestimmungen zu erschweren. In die wirtschaftlichen Folgen der Umstellung auf Gold zwar zu einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens führen müssen, dieser Gesundungsprozess aber weitgehendste Bewegungsfreiheit erfordert, wenn nicht der ganze Volkskörper durch starke Einschränkungen und Betriebsstillegungen in der Wirtschaft allzu gefährlich geschwächt werden soll.

## Rentenmark-Giroverkehr der Reichsbank.

In dem Neubau der Reichsschuldenverwaltung, Berlin SW. 68, Oranienstrasse 106, eröffnet die Reichsbank demnächst eine Rentenmark-Girokontenabteilung zur Schaffung einer entsprechenden Lombardabteilung ist beabsichtigt. Rentenmark-Girokonten können vorläufig nur in Berlin errichtet werden; die Einrichtung derartiger Abteilungen bei den Zweiganstalten der Reichsbank bleibt vorbehalten. Für ausserhalb Berlins wohnende Firmen und Personen werden bis auf weiteres die Konten ebenfalls bei dem Girokontor der Rentenmark-Abteilung der Reichsbanptbank geführt. Anträge auf Eröffnung eines Kontos sind unter Beifügung eines Handelsregister-Auszuges an die Reichsbankanstalt zu richten in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnsitz hat; Firmen oder Personen, die im Geschäftsbezirk der Reichshauptbank ansässig sind, haben den Antrag direkt bei der Berliner Abteilung zu stellen.

In den Bestimmungen ist grundlegend neu die Gebührenfreiheit der Kontoführung. Für die Benutzung der Einrichtungen hat nämlich der Kontoinhaber eine feste Gebühr (Kontogebühr) (zurzeit 20 Rentenmark je Quartal) sowie eine nach dem Umsatz der Sollseite berechnete Umsatzgebühr von vorläufig 1 von Tausend zu entrichten. Ist bleibt dem Ermessen der Reichsbank überlassen, zu bestimmen, in welchen Zeiträumen sie die Umsatzgebühr erheben will. Angebrochene Quartale sind voll zu rechnen, wenn die Bruchteile mehr als zwei Monate umfassen. Wie ein bis zwei Monate ist die halbe Quartalsgebühr zu erheben, für kürzere Spannen ist von einer Gebühr überhaupt abzusehen. Alle Gebühren sind in Rentenmark zu entrichten. Durch die Kontogebühr sind alle an Papiermark-Giroverkehr geleisteten Bedienkosten für Vordrucke, Scheckbücher usw. abgegolten.

Im übrigen sind die Bedingungen im grossen und ganzen dieselben wie im Papiermark-Giroverkehr. Das Guthaben, das nicht verzinst wird, dient der Reichsbank für ihre Leistungen aus allen Geschäftszweigen. Der Kontoinhaber kann jederzeit über sein Rentenmarkguthaben in beliebigen Teilbeträgen, die jedoch im einzelnen Fall 10 Rentenmark nicht unterschreiten dürfen, verfügen, aber nur durch Schecks auf Formularen, die ihm die Reichsbank geliefert hat. Insbesondere kann der Kontoinhaber 1. von seinem Konto auf ein anderes bestehendes Rentenmark-Girokonto, Ueberweisungen vornehmen, wobei der Kontoinhaber — gegebenenfalls durch Vorlage bei der Reichsbank — selbst festzustellen hat, ob der Empfänger tatsächlich ein Rentenmark-Girokonto bei der Reichsbank besitzt. Zur Vornahme der Ueberweisung dienen besondere rote Rentenmarkschecks; 2. Barabhebungen von seinem Rentenmark-Girokonto mittels besonderer weiter Rentenmarkschecks vornehmen. Die Einreichung der weiteren und roten Rentenmarkschecks bei der das Rentenmark-Girokonto führenden Bankanstalt zu erfolgen. Die auswärtigen Girokontoinhaber, deren Konten bei dem Girokontor der Rentenmark-Abteilung der Reichshauptbank in Berlin geführt werden, haben die weissen und roten Scheckformschecks bei dieser direkt einzufordern. Verfügt der Rentenmark-Girokontoinhaber über mehr, als sein Rentenmark-Guthaben beträgt, so lehnt die Reichsbank nicht nur die Zahlung ab, sondern behält sich auch vor, den Verkehr mit ihm sofort abzubrechen. Verfügt er über mehr als ganzes Rentenmarkguthaben, so drückt er damit einen Wunsch aus, sein Rentenmark-Konto zu schliessen.

Die Reichsbank ist befugt, aber nicht verpflichtet, die Einreichung der Einreichen der Rentenmarkschecks oder der Empfangsbescheinigung über Rentenmarkscheckbücher zu prüfen. Alle Folgen und Nachteile des Abhandenkommens, der missbräuchlichen Verwendung, der Fälschung und Verfälschung von Schecks, Scheckvordrucken, der Empfangsbescheinigungen über Rentenmarkscheckbücher und der Vordrucke hierzu trägt der Rentenmark-Girokontoinhaber. Die Reichsbank haftet nur für nachgewiesenes Verschulden und einen in dem Falle, als es im Verhältnis zu anderen Ursachen an der Entstehung des Schadens mitgewirkt hat. Der Rentenmark-Girokontoinhaber hat die von ihm akzeptierten Rentenmarkwechsel bei der sein Rentenmark-Girokonto führenden Dienststelle der Reichsbank oder bei einem an den Rentenmark-Giroverkehr der Reichsbank angeschlossenen Bankhause zahlbar zu machen. Die bei der Reichsbank zahlbar gestellten Wechsel sind der in Betracht kommenden Dienststelle auf dem hierfür vorgesehenen Vordruck rechtzeitig anzumelden. Durch die Reichsbank zur Einziehung gelangende Rentenmark-Verrechnungsschecks, deren Bezogene ein Rentenmark-Girokonto bei einer Bank nicht einer der bei der Reichsbank bestehenden Abrechnungsstellen als Mitglieder angehören, sind unter Verwendung eines Rentenmarkscheckes bei der Reichsbank zu begleichen.

**Umsatzsteuer 2 %.** Der Plenarpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates lehnte die in Regierungsentwurf beantragte Erhöhung auf 2½ % und den Vorschlag des Arbeitsausschusses, den Satz auf 1½ % zu ermässigen, mit grosser Mehrheit ab und stellte den bisherigen Satz von 2 % wieder her. Angenommen wurde der bereits früher beschlossene Antrag der Genossenschaft auf teilweise Befreiung von der Umsatzsteuer (s. Mitteilung 3. Jahrg. Nr. 34).

**Aenderung der Zahlungsbedingungen in der Farbstoffindustrie.** Die Interessengemeinschaft der deutschen Farbstoffabriken hat mit Wirkung vom 4. Dezember ab den bei Zahlungen in Papiermark letzthin eingeführten prozentualen Aufschlag auf die unverändert gebliebenen deutschen Goldmarkpreise aufgehoben, sodass die zwischen den amtlichen Berliner Zwangskurs und dem Auslandskurs der Mark entstandene Disparität in Wegfall gekommen ist.

**Eine neue Devisenbank.** Die Norddeutsche Bankverein A.-G. ist als Devisenbank zugelassen.

## Berliner Börse.

7. 12.

**Abwartend.**

Die Ungewissheit über die Entwicklung der inneren politischen Verhältnisse legt der Fortsetzung der Haltung auf. Vielfach Publikum noch die berufsmässige Spekulation zeigen Unternehmungslust, und das Geschäft schleppt sich träge dahin. Die Kursgestaltung von zwei kleineren Bankfirmen des hiesigen Platzes blieb fast ohne Eindruck. Gebührende Beachtung scheinen man der betreffenden Haltung der Mark an den ausländischen Börsen. Der Zinssatz für kurzfristige Lebgeld blieb sich auf dem Stand der letzten Tage. Goldanleihe wird reichlich angeboten. Dagegen haben Obligationen und verschiedene Dividendenwerte und freundlicher Aussehen. Die leitenden Spekulationspapiere erzielten den ersten Kursen eine leichte Besserung, die aber zum Teil bald verloren ging. Im weiteren Verlauf waren die Umsätze gering und die Tendenz uneinheitlichen. Am Devisenmarkt blieb die Notierung der maßgebenden fremden Zahlungsmittel, wie allgemein erwartet worden war, fast unverändert. Die Börse rechnet für die nächsten Tage mit stilles Geschäft, wie es vor den Weihnachtstagen die Regel zu sein pflegt, sofern nicht unerwartete politischer oder wirtschaftlicher Natur eine besondere Anregung bringen.

Am Montanmarkt hielten sich die Umsätze in den engsten Grenzen; die Kurse waren zunächst meist höher, doch konnten sich die Kursgewinne später kaum behaupten. Einige Besichtung fanden Deutsch-Luxemburger mit 60, Laurahütte 59, Phönix mit 82, Kattowitzer mit 55, Mannesmann mit 57. Von Kaliwerten waren Deutsche Kali mit 45, von chemischen Papieren Oberbecke mit 31,25 gefragt. Nelles 10 % waren gut behauptet bei kleinem Geschäft. Etwas reger gingen Waggonfabriken, Maschinenwerte und Metallwerte um; Gollitzer Waggon stiegen auf 9, Berlin-Karlsruher Industriewerte auf 64, Schubert u. Salzer auf 11, Berlin-Burger Eisen auf 3,9. Deutscher Eisenhandel auf 4,5. Bank- und Schiffahrtsaktien waren meist freundlich. Für heimische Anleihen blieb stand seit heute wieder Abgabeneigung. Fremde Renten zeigten ebenfalls weiter nach.

Im weiteren Verlauf zeigte sich auf keinem Gebiet eine wesentliche Tendenz- oder Kursänderung, die Stimmung blieb lediglich abwartend bestimmt. Aktien-Hamburg meldete schwache Kurse, teilweise für Schiffahrtsaktien noch unter Berlin. Die Nachfrage nach Montanwerten und neueste Anleihe 600 000 %, Aschaffenburger 850 000 %. Dagegen war Frankfurter Anleihe in Freiverkehr angeboten, 400 000 %.

Die Tendenz des Einheitsmarktes zeigte heute eine leichte Befestigung, da das Angebot in Anleihen Billigkeit in den stark zurückgegangenen Werten nicht unbetrieblichen Rückkäufe vornahm. Es gingen um: Anleihe Billigere 50 %, Brauer schweiger Kohle 19, Anhalter 4, Eintracht Braunkohle 9, Lingner Werke 3, Luther Werke 22, Mannesmann 2, Siemens u. Halske 2, Niedriger waren u. a. Köln-Lindental (— 2).

Markt- und nicht notierten Werte konnte sich zu Beginn die Geschäftslustigkeit etwas beleben unter gleichzeitiger Befestigung der Kursen. Im weiteren Verlauf jedoch stockte das Geschäft fast vollkommen und die Kurse gingen etwas zurück. Ausgenommen waren Aktie Zanz erklärte da die Bedeutung des Verschlages für die Gesellschaft vor der Hand unübersichtlich ist. Schwächer waren u. a. die Werte der Compañia Hispano Americana de Electricidad.

Das Bergwerkt Schlesische Portland-Cement- u. Kalkwerke wird am 14. und 17. d. M. das Bergwerkt Chemische Werke Brockebus am 10., 12. und 14. d. M. notiert.

Das Bergwerkt Teltsch-Aktien soll am Montag, Mittwoch und Freitag zur Note gelangen.

## Hamburger Börse vom 7. Dezember.

| In Billionen | 7. 12. | 5. 12. | | 7. 12 | 5 12 |
|---|---|---|---|---|---|
| Allgemeine Elektr. | 40 | 42 | Lübecker Bünhorst | — | — |
| Bagag. | 40 | 42 | Eisenbahn | 19,5 | 19 |
| Bergmann | 50 | 50 | Hamb. Hochbahn | 5,75 | 2,8 |
| Wesermann-Linie | 30 | — | Lotter, Wemann | — | 22 |
| Deutsch. Dampf. | — | — | Sch. Kaffee | — | — |
| Phönix v. 1899 | — | — | Otten, Eisenw. | 7 | — |
| Hansa | 6,5 | 6 | Wanderer | 7 | — |
| W. Nordd. Flaus | — | — | Winter, Papier | 2,5 | 2 |
| Sarstedt, Ges. | — | — | Hamburg Stadt | — | — |
| Schantungbahn | — | — | C. Beiker & Co. | 1 | 0,775 |
| Comm. u. Pr.-Bk. | — | — | Dulberg Bank | — | — |
| Darmst. u. N.-B. | 7,25 | 6,5 | Kaffee | — | — |
| Deutsche Bank | 6 | 5 | Ind. Bergb. | — | — |
| Allg. Elektr.-Ges. | 9,5 | 6,75 | ges. Gesuch | 100 | 95 |
| Deutsch Linoleum | — | — | Deutsch-Ges. | 100 | 100 |
| Phönix | 39 | — | ds. Gesuch | 100 | 100 |
| Schuckert | — | — | Hamburg-Amerika | — | — |
| Alten Port.-Zem. | — | — | (Stav) Hansa. Asb. | 35 | 40 |
| Schultheiß | 22 | — | Chodom | 110,8 | 105 |
| Brauerei. Tamm | 5 | 4,5 | Conceptus | — | — |
| Hammer Impuls | — | — | Hansa | — | — |
| Cuxhaven Hoch | — | — | Hansaeten | — | — |
| ges. Produkten | 8,5 | 8,5 | Lorenzen | — | 1,5 |
| Schinck & Co. | 35 | 35 | Jasuna | — | — |
| Schwarzcr. Bank | 2 | 2 | | | |

## Keine Wertpapierbörse am 24. Dezember in Hamburg.

Der Vorstand der Wertpapierbörse in Hamburg hat beschlossen, die Wertpapierbörse am Montag, den 24. Dezember, für den Verkehr geschlossen zu halten.

**Harpener Bergbau A.-G., Dortmund.** Zwischen der Gesellschaft und der Rheinischen Westfälischen Bank, wie aus dem eigener Drahtbericht meldet, am Mittwoch im Rahmen des Manteltarifvertrages, der seinerzeit zwischen den Franzosen und den Ruhrindustriellen abgeschlossen ist, ein Uebereinkommen erzielt worden. Die Vereinbarung hofft, ihre Zechen wieder in Betrieb nehmen zu können. Das Ausmass der Arbeitsaufnahme wird aber von der Absatzmöglichkeit abhängen, die allerdings zurzeit noch sehr begrenzt ist.

**Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer A.-G., Frankfurt a. M.** Einer Generalversammlung wird eine Kapitalerhöhung um bis 650 auf bis 1680 Mill. M. durch Ausgabe von bis 214 000 Stammaktien über je 1000 M. und 40 000 Namensvorzugsaktien über je 1000 M. vorgeschlagen. — Bei der letzten Kapitalserhöhung um 167 Mill. M. Stammaktien im Mai d. J. wurden im Jahr 1922 den alten Aktionären im Verhältnis 2:1 zu 2000 % angeboten und 37 Mill. Mark Stammaktien in Interesse der Gesellschaft verwertet.

**Kontinentale Mineralgewinnungsgesellschaft, Berlin.** Der Generalversammlung wird auch die Ausgabe von 50 000 Stück Vorzugsaktien von je 10 Goldmark vorgeschlagen. Für den Fall der Nichtgenehmigung oder nicht genügender Zeichnung soll das Direktorium ermächtigt werden, eine Liquidation vorzubereiten und beschliessen, eventuell den Verkauf oder die Angliederung an eine andere Gesellschaft zu bewirken. — Das Unternehmen verlor bekanntlich nach dem Kriege seine Konzessionen, welche von der südafrikanischen Regierung als null und nichtig erklärt wurden. Durch Sonderproklamation erhielt es aber das Recht zu Schürfungen in vier Reservebezirken bis zum 27. November 1926. In der letzten Generalversammlung wurde noch mitgeteilt, dass auf den Feldern Aussicht auf Funde von Diamant und Brauneisenstein bestehen. Mit diesen amtlichen Kenntnisse habe man Fühlung wegen Interessengemeinschaft genommen, in einem Reservebesitz sind zwar weit ausgedehnte Goldspuren gefunden worden, doch sind bisher abbauwürdige und sonstige Mineralfunde nicht gemacht worden. Der Administrator des südamerikanischen Protektorats verlangt nun für die Verlängerung des am 27. November abgelaufenen Schürfungsrechts eine Garantie der Gesellschaft für eine jährliche Ausgabe von 200 Pfund Sterling zur Fortsetzung der Schürfarbeiten. Aus diesem Grunde soll die Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 Goldmark beschliessen.

## Amtlich nicht notierte Werte.

Die nachstehenden Tabellen enthalten die in der Zeit von 12 bis 1½ Uhr genannten höchsten und niedrigsten

In Billionen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Adler Kahla | 11—21 | Marten & Blumb | 0,4—0,5 |
| A.G.f. Fabrikmesch. | — | Mandl. Gensing | 1,5—2 |
| A.G.f. mod. Prot. | — | Miller Kaffee | 0,1—2 |
| A.G.f. Kost. ind. | — | Meyer Sortim. | ex Bezr. |
| A.G. f. Fürr. ind. | 9,—9,75—8,75 | Meyer, Textil | 0,2—0,3 |
| Agenia | 0,4 | Midlestar | 0,4,5—0,5,5 |
| Albrecht-Kinkel | 1,5 | Müller Kaffee | 0,5—1 |
| Alemania Tuc. | 1—1,75 | National-Film | 0,4—0,5 |
| Alg. Sanitäts | 2—3 | N. Sod. Fabr. | — |
| Alli Amb. Film | 0,2,5 | Niemietzky Tab. | 1—1,5 |
| Amtliche | 0,5—0,6 | Nordd. Kabel | 0,4,5—0,5 |
| Bayerw. f. Brill. | 0,1—1,5 | Nowi Orgarine | 0,5—0,6 |
| Berner Edelm. | 0,2—0,3 | Nuscheler, Stahl | 1,5 |
| Becker Stahl | 11—12—10,5 | Oehring Bergb. | — |
| Bi. | 3—3,5 | Orgelbau Steinm. | 0,9—1,1 |
| Bim. Elbel Fabr. | 0,7—0,8 | Otto | 2—3 |
| Bes. Nord. Verl. | — | Oberbecke | 0,4—0,6 |
| Bert. Schnittwol. | 0,3—0,5 | Odd Repetition. | 0,3—0,5,5 |
| Brauerei Bell. | 0,4,5—0,5 | Orenstein Film | 0,3—0,5 |
| Brauerei a. Chem. | 1—2 | Pinguin | 2,1—2,5 |
| Brown Boveri | 1—1,5 | Pommer Leder | 0,3—0,5 |
| Bremer Wolle | 0,2 B | Ravenna Stahl | 1,2,5—1,5 |
| Charlbg. W. Tel. | 0,5—0,6 | R. Lenz Tab. | — |
| Chem. Bahn | 0,4—0,5,5 | Rheinstahl Pap. | 0,5—0,6 |
| Chem. Pr. Jöhne | — | Rh. Kaffee | 0,6 |
| Chem. Oberbaum | 10 B | Rahland Ges. | 1—1,2 |
| Chem. Schulz | 0,3 — 0,3 | Rheinm. A. E. G. | — |
| Dampfkessel | 0,8—0,9 | Schubert | 2—1,5 |
| Deutsch. Erdöl | 0,4—0,5 | Schwarzkopf | 2,5—3,5 |
| Dt. Chem. Werke | 0,8 0,9 | Sch. Reifen | — |
| Dt. Kabel Fabr. | 0,4—0,5 | P. A. Schmidt Bergb. | 0,3 |
| Dt. Ind. Ges. | 0,7,5—0,8 | Schuhfabrik | 0,6,5 |
| D. B. ch. Tauscher | — | Julius Stolzel | 7,5 |
| Dt. Lastauto | 18 | Stahlwerk Mannstädt | — |
| Dt. Petroleum | 16—18 | S. Sieverts | — |
| Dt. Textil | — | Stahlwerk Krefeld | 18 |
| Dt. Waffen u. M. | 0,7—0,8 | Stahlwerk Becker | 0,6—0,7 |
| Dt. Ind. Gesamt | — | Stock & Co. | 1,5—1,5 |
| Dux Auto | ex. 15 | Steiner Aufg. | 2—2,5 |
| Elektr. Lieferung | — | Stettiner Vulk. | — |
| Elektr. Dampfsee | — | Tomich A. G. | 0,6,5 |
| Elektr. Lieferung | 0,8,5—0,7,5 | Tuch & Druck | 0,5,75 |
| Eilenburger | 0,7 0,6 | Thüringer Bleiw. | 2—2,5 |
| Eisenbahnbedarf | 0,4—0,5 | Tietz | 0,4—0,5 |
| Fritzer & Reiss. | — | Triebr Walzwerk | — |
| Gebrüder Gesmann | — | Tuchfabrik | 0,5—0,6 |
| Glückauf | 1,5—2 | Vetta | 0,7—0,8 |
| Berlin. Gesellsch. | 2,5 | Vereinsbank | 0,4—0,5 |
| Grube Anto | 0,8 | Ver. chem. Seife | 0,5—0—8 |
| Grube-Ronna | 0,4—0,5 | Vogtländ. Kattun | — |
| Grossstr. Franz. | 2 B | Warenkreditbk. | 0,115—0,125 |
| Grüneberg Stahl | 0,7—0,8 | Wanderer | 0,7 |
| Gr. Gaggenauer | 0,8 | Werr. Reval | 0,4—0,5 |
| Gummi Elbe | 6 | Westdeutsch. | — |
| Hag. & Bastfabr. | 2—3 | Westf. Bergwerk | — |
| Hanf. Kabel | 0,4—0,5 | Wickenkamp | 1,5 |
| Hochfrequenz | 2—11 | Zehlendorf Werk | 0,7,5 |
| Hanfw. Lampe | 0,4—0,5 | Zeitz Stärke | 17 |
| Holzmindener Glas | 1,2 | Berliner Kalt | 6 |
| Hotelbetrieb | 6 | Bulawayo Kalt | 18 |
| Hutfabrik | 0,8 | Hannov. Kalt | 18 |
| Ia. Film | 1—1,5 | Aschaffenburg Zell. | 25—27 |
| Jenaer Glas | 0,5—0,4 | Kalw. Maschf. | — |
| J. Pfersdt. Guano | — | Kaufhaus | — |
| Jakob Kbrydt. | 1 | Kali Steinfurth | — |
| Jenaer Glas | 6 | Kaliwerke Aschersl. | 10—10,5 |
| Kaiserhof | 2—3 | Kronenberg | — |
| Kaffee Hag. | 0,4—0,5 | Kunstseide Berlin | 3—3,5 |
| Kaiserhof | — | Wittekind | — |
| Kabelwerk Rheydt | 0,4—0,5 | Ges. Elektr. Abs. A. | — |
| Kabelwerk Vorkriegsw. | — | El. Lieff. Lin. A | 1600 |
| Kabelwerk Wilhelmsh. | 0,3—0,5 | Kabelwerk Rheydt | 18 |
| Klaiz. Lieferung | — | Kaiserhof | — |
| Klaiz. Lieferung | 0,4—0,5 | Kaffee | — |
| Kaiser Stahlwerk | 0,4 | Saltrera | 240—260 |
| Kaffee Hag. | 0,4—0,5 | Stoewer | 8—5 |
| Kaffeehandel | — | Südsee-Phosph. | ex. 12 |
| Kaffeehandel | 0,4—0,5 | | |
| Kaffeehandel | 0,4—0,5 | | |
| Kaffeehandel | 0,4—0,5 | |